

V0396/25

Erfordernisse aufgrund des DUH-Hitzechecks 2025 und des Hitzeaktionsplans der Stadt Ingolstadt

-Antrag der ödp-Stadtratsgruppe vom 19.06.2025-

Antrag:

Die ÖDP-Stadtratsgruppe stellt anlässlich des diesjährigen Hitzechecks der Deutschen Umwelthilfe (DUH) hiermit diesen Antrag:

1. Die Stadt Ingolstadt setzt sich ein definitives Ziel, das man bei einem DUH-Hitzecheck im Jahr 2035, dem Jahr der angestrebten Klimaneutralität unserer Stadt erreichen will.
2. Die Stadt Ingolstadt zeigt auf, mit welchen Maßnahmen man diese Ziele erreichen will und wie diese Maßnahmen zeitlich umzusetzen gedenkt.
3. Dem Stadtrat und der Öffentlichkeit in Ingolstadt wird ab sofort alljährlich die Anzahl hitzebedingter Krankenhausbehandlungen und Todesfälle sowie die tatsächlichen Oberflächentemperaturen in den Sommermonaten basierend auf den Berechnungsmethoden des DUH-Hitzechecks 2025 dargestellt.

| | | |
|--|------------|--------------|
| Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit | 15.10.2025 | Vorberatung |
| Stadtrat | 30.10.2025 | Entscheidung |

Ausschuss für Stadtentwicklung, Bau, Umwelt und Nachhaltigkeit vom 15.10.2025

Oberbürgermeister Dr. Kern erteilt Stadtrat Köstler gemäß § 48 Abs. 8 Satz 1 der Geschäftsordnung für den Stadtrat der Stadt Ingolstadt das Wort, damit dieser als Antragsteller die vorliegenden Anträge der ÖDP-Stadtratsgruppe mündlich begründen könne.

Stadtrat Köstler führt aus, dass die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung V0621/25 im Grunde auf den Hitzeaktionsplan verweise. Jedoch sei von den darin festgelegten Maßnahmen bisher vorrangig die Sensibilisierung der Bevölkerung und der verschiedenen Veranstalter sowie Organisationen aufgrund der hierfür verhältnismäßig günstigen Kosten umgesetzt worden. Die Umsetzung echter Aktionen, die Veränderungen bringen und der Stadt Ingolstadt auch etwas Geld kosten, fehle bis dato. In Anbetracht der Tatsache, dass das Thema Hitze wirklich kritisch sei, würde man allerdings eine Unterlegung des Hitzeaktionsplans mit tatsächlich umsetzbaren Maßnahmen unabhängig der personell und finanziell zur Verfügung stehenden Ressourcen benötigen. Laut der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung, gebe es in Ingolstadt pro Jahr aufgrund von Hitze durchschnittlich vier Tote. Da das Klinikum Ingolstadt keine Fallzahlen zu den reinen Krankheitsfällen aufgrund von Hitze erhebe, kenne man die genaue Zahl hierzu leider nicht. Nichtsdestotrotz bedeute dies, dass die Hitze bereits jetzt schon ein relevanter Faktor sei, der in Zukunft an Relevanz dazugewinnen werde. Angesichts dessen ist es der ÖDP-Stadtratsgruppe auf Dauer deutlich zu wenig, die Umsetzung des Hitzeaktionsplans von den personellen sowie finanziellen Ressourcen abhängig zu machen, betont Stadtrat Köstler. Dabei würden auch andere Punkte in das Thema Hitze hineinspielen.

Hierbei verweist er auf den Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe zum Thema „Jedem Schüler seinen Baum“ (V0232/25). Auch die Baumpflanzungen, mit denen man sich nun im Piuspark beschäftige, spielen in das Thema Hitze hinein. Von daher handle es sich beim Thema Baumpflanzungen um eine Aktion, die die Stadt Ingolstadt nach der Ansicht der ÖDP-Stadtratsgruppe unbedingt ergreifen müsse, um das Thema Hitze in den Griff zu bekommen.

Herr Schneider stimmt zu, dass das Thema Hitzeprävention mit konkreten Maßnahmen untermauert werden müsse. Zu diesem Themenbereich beinhalte das Klimaanpassungskonzept der Stadt Ingolstadt bereits entsprechende Maßnahmen, deren Umsetzung allerdings von den zur Verfügung stehenden Geld- und Sachmitteln abhängen. Von daher müsste der Stadtrat im Zweifelsfall über die Umsetzung einzelner Maßnahmen gesondert entscheiden. Herr Schneider berichtet, dass die Stadtverwaltung bereits einen entsprechenden Grundsatzbeschluss zur abschnittswisen Aufwertung des südlichen Donauufers (Sofortmaßnahme 5 des Klimaanpassungskonzepts) vorbereitet hatte. Angesichts des Finanzvolumens dieser Maßnahme, sei die entsprechende Beschlussvorlage von Seiten der Verwaltung allerdings bis auf Weiteres zurückgestellt worden. Dieses Beispiel treffe auf viele Dinge zu, da man zunächst erörtern müsse, welche Maßnahmen sich die Stadt Ingolstadt in der aktuellen Haushaltslage tatsächlich leisten könne. Nichtsdestotrotz müsse die Stadt Ingolstadt beim Thema Hitze in Zukunft mehr unternehmen. Herr Schneider führt aus, dass es auch eine EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur gebe. Gemäß Artikel 8 der EU-Verordnung zur Wiederherstellung der Natur, müsse der Baumbedeckungsgrad in Städten ab dem Jahr 2031 spätestens steigen. Diese Vorgabe der EU würde auch wieder in das „Eine-Million-Bäume-Programm“ der Stadt Ingolstadt hineinspielen. Eine höhere Anzahl an Renaturierungsflächen sowie ein höherer Baumbestand seien für eine Stadt sehr wichtig, da diese die Lebensqualität verbessern und gleichzeitig die Biodiversität fördern würden. Zumal es sich hierbei um Maßnahmen handle, auf die die zukünftigen Generationen einzahlen werden. Deshalb seien sie auch besonders wichtig, betont Herr Schneider.

Stadtrat Dr. Lösel teilt mit, dass er das Anliegen der ÖDP-Stadtratsgruppe „Jedem Schüler seinen Baum“, das in dem vorliegenden Antrag V0232/25 geäußert werde, begrüßen könne. Während seiner Amtszeit als Oberbürgermeister der Stadt Ingolstadt sei im Jahr 2019 das „Eine-Million-Bäume-Programm“ gestartet worden. Der letzte zu diesem Programm vorliegende Fortschrittsbericht beziehe sich noch auf das Jahr 2023, erklärt Stadtrat Dr. Lösel. Angesichts dessen regt er an, dem Stadtrat zum „Eine-Million-Bäume-Programm“ einen aktualisierten Bericht vorzulegen. Grundsätzlich habe man damals die Laufzeit für das Programm auf 25 Jahre, was einer Generation entspreche, angesetzt. Von diesen 25 Jahren seien mittlerweile fünf bis sechs Jahre vergangen. Laut dem letzten Ergebnisstand habe man bisher 40.000 Bäume gepflanzt. Dabei sei der Großteil dieser Pflanzungen in den ersten beiden Jahren der Programmlaufzeit vorgenommen worden. In diesem Zeitraum hätten bis dato allerdings 200.000 Bäume gepflanzt werden müssen. Insofern begrüßt Stadtrat Dr. Lösel den Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe V0232/25 ausdrücklich. Die Pflanzung von Bäumen helfe unter anderem bei der Klimaanpassung, bei der CO₂-Speicherung, beim Hitzeschutz und bei der Nachhaltigkeit. Zumal Bäume im Straßenbild das Auge der Bevölkerung erfreuen würden. Stadtrat Dr. Lösel ist bewusst, dass die Pflanzung von Bäumen aufgrund der Spartenlage im Straßenuntergrund nicht leicht sei. Nichtsdestotrotz seien Baumpflanzungen vor allem als Straßenbegleitgrün die Mühe wert. Deshalb bittet Stadtrat Dr. Lösel darum, das Thema Baumpflanzungen stärker auf die Agenda zu nehmen.

Bürgermeisterin Kleine teilt mit, dass man eine Bilanz zum „Eine-Million-Bäume-Programm“ demnächst im Bezirksausschuss Mitte abgebe, da dieser darum gebeten habe. Im Rahmen des Programms seien bisher 44.000 Bäume gepflanzt worden. Die Problematik beim „Eine-Million-Bäume-Programm“ bestehe darin, dass für die Baumpflanzungen keine Flächen zur Verfügung stehen würden. Zwar sei im Jahr 2019 das Ziel von einer Million Bäume vollumfänglich beschlossen worden, allerdings habe man damals weder Finanzmittel eingestellt

noch entsprechende Flächen systematisch dafür bereitgehalten. Bürgermeisterin Kleine erläutert, dass die Stadtverwaltung daran arbeite, entsprechende Flächen für die Baumpflanzungen stückweise zuzukaufen. Zumal der Baumbestand, den man in den ersten beiden Jahren der Programmlaufzeit gepflanzt habe, bereits in Teilen schon wieder ausgedünnt sei, da man nicht jeden Baumsetzling am Ende hochziehen könne. Nach Aussage des Leiters des Forstamtes sei das Anliegen „Jedem Schüler seinen Baum“ in dieser Breite nicht vorstellbar, da die Stadt Ingolstadt auch hierfür nicht die entsprechend notwendigen Flächen besitze. Zudem würde sich eine Standortsuche für 2.000 Bäume im bereits gebauten Straßenraum äußerst schwierig gestalten. Dies zeige auch die vom Referat VII vor einiger Zeit unternommene Innenstadtoffensive, bei der versucht worden sei, die Altstadt mit Bäumen zu begrünen. Am Ende seien mit viel Mühe neun Baumstandorte innerhalb der Altstadt gefunden worden. Von daher handle es sich beim Thema Baumpflanzungen um Ziele, die man als Stadt Ingolstadt nicht allein erreichen könne. Insofern kann Bürgermeisterin Kleine die Anliegen von Stadtrat Dr. Lösel und der ÖDP-Stadtratsgruppe zwar nachvollziehen, allerdings seien diese rein pragmatisch so nicht umsetzbar. Darüber hinaus sei es fachlich gesehen korrekter, wenn man in Bezug auf Baumpflanzungen nicht von einer konkreten Anzahl an Bäumen, sondern von Hektar sprechen würde. Nichtsdestotrotz werde im Stadtgebiet jeder Baum gepflanzt, der gepflanzt werden könne, versichert Bürgermeisterin Kleine.

Stadtrat Dr. Lösel bittet beim Thema Baumpflanzungen um ein gewisses Engagement seitens der Stadtverwaltung. Ansonsten würde die Umsetzung des Hitzeaktionsplans der Stadt Ingolstadt sehr teuer kommen, da Bäume nach wie vor eines der günstigsten Instrumente beim Hitzeschutz seien.

Bürgermeisterin Kleine weist darauf hin, dass die Stadtverwaltung an dem von Stadtrat Dr. Lösel angesprochenen Punkt bereits arbeite. Angesichts der aktuellen Haushaltslage könne man allerdings aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung nicht jeden neuen Baum kaufen, den man gerne erwerben würde. Bürgermeisterin Kleine berichtet, dass man am gestrigen Tag das Thema Fassadenbegrünung begonnen und dabei einen Hopfen an der Gebäudefassade der Volkshochschule gepflanzt habe. Auch diese Maßnahme trage zum Hitzeschutz bei.

Stadtrat Köstler sieht, dass die grundsätzliche Idee der ÖDP-Stadtratsgruppe schon positiv aufgenommen worden sei. Zu dem Thema Baumpflanzungen habe die ÖDP-Stadtratsgruppe auch Gespräche mit dem Leiter des Forstamtes und mit dem Gartenamt geführt. Dabei habe man gesehen, dass es hierbei wirklich um das Thema Flächen gehe. Deshalb sei es bei der aktuell laufenden Fortschreibung und Änderung des Flächennutzungsplans wichtig, dieses Thema zu bedenken, da man für Baumpflanzungen möglichst zentrumsnahe Grünflächen benötigen würde. Zudem sollte es sich hierbei auch um Flächen handeln, auf denen es möglich sei, eventuell bis zu 200 Bäume zu pflanzen. Hier komme auch wieder das „Tiny-Forest-Programm“ auf, das bereits im Klimabeirat angesprochen worden sei. Vielleicht sollte man versuchen, vermehrt in diese Richtung zu denken, da es der einzig sinnvolle Weg sei, Bäume großflächig zu pflanzen. Stadtrat Köstler weist darauf hin, dass im Piuspark nun 16 Bäume gepflanzt und Flächen entsiegelt werden sollen. Die Gesamtkosten hierfür belaufen sich auf 240.000 Euro. Wenn man diese Gesamtkosten herunterrechne, koste jeder Baum anteilig rund 16.000 Euro. Nach der Ansicht von Stadtrat Köstler sei dies auf Dauer gesehen der falsche Ansatz, da man beim Thema Baumpflanzungen auf zwei bis drei Euro pro Baumsetzling herunterkommen müsse.

Bürgermeisterin Kleine entgegnet, dass man innenstadtnahe Bäume nicht in Gruppen pflanze. Des Weiteren habe man in diesem Jahr im Rahmen des Bundesförderprogramms „Anpassung urbaner und ländlicher Räume an den Klimawandel“ in Unsernherrn eine Streuobstwiese angelegt, deren Bäume von den Bürgerinnen und Bürgern gepflegt werden. Des Weiteren arbeite die Stadtverwaltung derzeit daran, an der Stinnesstraße einen neuen Park anzulegen.

Bürgermeisterin Kleine erklärt, dass man die Umsetzung des Tiny-Forest-Projekts habe aussetzen müssen, da die dafür vorgesehene Fläche kurzfristig für ein Kleinspielfeld vorgehalten worden sei. Darüber hinaus werde man auch trotz großflächiger Baumpflanzungen nicht das vorgegebene Millionenziel erreichen. Im Bezug auf die Innenstadt werden vom Referat VII an den Stellen, an denen Baumpflanzungen möglich seien, auch die entsprechenden Flächen hierfür bereitgestellt. Zusätzlich gehe die Stadtverwaltung jedem Hinweis auf einen möglichen Standort zur Pflanzung eines Baums aus den Bezirksausschüssen nach. An dieser Stelle weist Bürgermeisterin Kleine darauf hin, dass die Stelle für die Umsetzung der Klimaanpassungsmaßnahmen ab dem 01.11.2025 wieder besetzt sei.

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung V0621/25:

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.